
Persistenter Identifier: 1003016456_14
Titel: Evangelisches Schulblatt und deutsche Schulzeitung - 14.1870
Ort: Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung
Strukturtyp: PeriodicalVolume
PURL: http://goobiweb.bbf.dipf.de/viewer/image/1003016456_14/1/

1. Juni 1870.

Correspondenzen.

Hannover. Neue Feststellung der Lehrergehälter. Vor zwei Jahren berichtete ich Ihnen über den schlechten Erfolg einer Petition der Lehrer der Stadt Hannover um Gehaltserhöhung und über die Behandlung, die den Petenten von Seiten ihrer Behörde zu Theil geworden war. Ich erlaube mir, Ihnen jetzt über den Fortgang dieser Angelegenheit Mittheilung zu machen.

Die Lehrer kamen gegen Ende des Jahres 1868 mit einer zweiten Petition ein. Diesmal wurden die Bürgervorsteher durch vielfache Besprechungen mit Lehrern von der Nothwendigkeit überzeugt, daß eine Besserstellung geschehen müsse. Bei Gelegenheit der Verathung des Schuletats traten sie deswegen mit dem Antrage hervor, die Gehälter der Volksschullehrer zu erhöhen. Der Herr Stadtdirector erklärte sich völlig überrascht und bewies dadurch, daß es seine Absicht gewesen war, die Petition gar nicht zur Verathung zu bringen.

Der Herr that denn, wie es schien, auch noch sein Möglichstes, die Sache zu vereiteln. Es stand gerade ein Antrag auf Erhöhung des Schulgeldes in den höhern Schulen auf der Tagesordnung, und die Bürgervorsteher motivirten den Antrag auf Erhöhung der Lehrergehälter mit dem Hinweis auf die mögliche und wünschenswerthe Erhöhung des sehr niedrigen Schulgeldes. Der Herr Stadtdirector, der gegen diese Erhöhung war, weil er selbst davon betroffen wurde, verwarf die Entscheidung gegen die Vermischung beider Fragen. Es kam denn auch richtig eine Stimmung gegen die Erhöhung des Schulgeldes zu Stande. Nichts desto weniger bestanden aber die Bürgervorsteher auf der Erhöhung der Lehrergehälter. In der nächsten Sitzung nun, man höre und staune! erklärte der Herr Stadtdirector, er müsse aber entschieden befehlen, daß die inzwischen gewählte Commission die Frage der Gehaltserhöhung nur in Rücksicht auf die Lösung der Schulgeldserhöhungsfrage behandle. Es war zu verwundern, daß sich kein Bürgervorsteher bewogen fand, den Herrn auf diese rasche Wandlung aufmerksam zu machen. Er stellte dann der Commission die Aufgabe, zu überlegen, ob und in wie weit ein Bedürfniß zur Gehaltserhöhung der Volksschullehrer vorliege, und wie die etwa für nöthig gehaltene Erhöhung zu bewerkstelligen sei. Auch möge die Commission zu besserer Prüfung der ersten Fragen sich mit der Lage der Lehrer in anderen Städten sorgfältig bekannt machen. Ein Bürgervorsteher erklärte darauf, daß er nicht hoffe, daß damit die Angelegenheit auf die lange Bank geschoben werden solle.

So war denn die Sache wenigstens bis zur Commissionsbildung gediehen.

Es wurde nun Material von allen Seiten herbeigeschafft. Die Lehrerschaft besorgte dasselbe aus den Städten, in denen die Lehrer verhältnißmäßig günstig stehen, und der Herr Schulsenator ermangelte nicht, daneben Material aus den Städten herbei-